

Kanton

Montag 9. Februar 2009, Kanton

Schub für neue Firmen mit innovativen Ideen

Um Unternehmen bereits vor der Gründung zu unterstützen, ist der Staatsrat bereit, eine Startkapital- Finanzierungsstruktur zu schaffen. Diese würde die bestehenden Instrumente ergänzen.

walter buchs

freiburg Mit einem im Mai 2006 eingereichten Postulat baten die CVP-Grossräte Markus Bapst aus Düdingen und Jean-Louis Romanens aus Sorens den Staatsrat, die Einführung einer Startkapital-Struktur abzuklären (Seed Capital-Stiftung). Diese hätte den Auftrag, junge Studierende und Forscher während der Entwicklungsphase ihrer technologischen Innovationen zu unterstützen. Soeben hat der Staatsrat den Bericht zu diesem Postulat mit konkreten Vorschlägen veröffentlicht.

Nach einer Analyse der Situation in Nachbarländern und -kantonen kommt die Regierung zum Schluss, dass es nötig ist, das bestehende Instrumentarium zu ergänzen. Einerseits sei nämlich festzustellen, dass eine Seed-Capital-Stiftung «eine entscheidende Fördermassnahme für die Gründung von technologie- und wissenschaftsorientierten Unternehmen ist». Andererseits könne die Risiko Kapital Freiburg AG, deren Handlungsbereich einer Seed Capital bereits ähnlich sei, «nicht alle Leistungen anbieten, über die eine reine Seed-Capital-Struktur verfügen sollte,» zieht der Staatsrat Bilanz.

Um diese Lücke zu schliessen, schlägt die Regierung die Schaffung einer neuen Aktien-Gesellschaft vor. Diese könnte in der Anfangsphase mit staatlichen Mitteln ausgestattet sein. Gleichzeitig sollte sie auch für den Privatsektor zugänglich sein. Unternehmen bzw. künftige Unternehmen würden hauptsächlich mit Krediten unterstützt.

Lücke im bestehenden Netzwerk schliessen

Die Kredite müssten in Form eines Projekts in Verbindung mit einer Freiburger

Hochschule stehen und in Wissenschafts- oder Technologiebereichen mit hoher Wertschöpfung tätig sein, z. B. Nanotechnologie. Die geförderten Unternehmen würden gleichzeitig durch bestehende Begleitstrukturen (z. B. **Fri up**) betreut. Nach der Analyse der Modalitäten will die Volkswirtschaftsdirektion dem Staatsrat im laufenden Jahr einen konkreten Vorschlag unterbreiten.

Wie aus dem Bericht des Staatsrats weiter hervorgeht, wurde bei der Analyse und Umsetzung der Neuen Regionalpolitik festgestellt, dass im Kanton auch eine Einrichtung für Technologietransfer fehlt.

Nun haben sich die verschiedenen Akteure darauf geeinigt, einen sogenannten «One-Stop-Shop für den Technologietransfer» ins Leben zu rufen. Zurzeit werde der künftige Leiter gesucht. Diese Anlaufstelle sollte im Laufe des Jahres operationell sein und wird im Adolphe-Merkle-Institut (AMI), das vor rund einem Jahr seine Tätigkeit aufgenommen hat, untergebracht.